Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 1

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wenn einer eine Reise tun will...

Der Besitz eines Passes ist schön, aber etwas illusorisch, wenn man damit nicht reisen kann. Zu diesem Eindruck kommt man bei der Lektüre eines Leserbriefes, den die Prager Zeitschrift «Reporter», Organ des tschechoslowakischen Presseverbandes, veröffentlicht hat. In dieser mit «J. B., Brno» gezeichneten Einsendung heisst es:

«Ihr Artikel ‚Liebe Leser' in ‚Reporter' Nr. 10/67 war interessant für das, was er sagte, und für das, was er nicht sagte. Sie berichten, dass die Staatsbürger der deutschen Bundesrepublik eine Einreisebewilligung für unser Land an der Grenze erhalten können, wogegen unsere Bürger wochenlang um eine Einreisebewilligung nach der DBR warten müssen. Indessen muss eingeräumt werden (was in Ihrem Artikel nicht erwähnt ist), dass die DBR-Staatsbürger einen Pass haben, den sie benützen können, wogegen unsere Bürger viel eher einen Schein-Pass haben, weil man ihn erst benutzen kann, wenn man eine Ausreisebewilligung erhalten hat. Und wenn unser Bürger eine Ausreisebewilligung zu erhalten wünscht, muss er jedesmal, wenn er ins Ausland will, einen Fragebogen von achtbarer Länge ausfüllen. Hat er das Fromular ausgefüllt, muss er es von seinem Arbeitgeber bestätigen lassen (obwohl die Reise eigentlich den Arbeitgeber nichts angeht). Darnach muss er das Formular von den Militärbehörden visieren lassen (... obwohl jedermann persönlich dafür verantwortlich ist, dass er seinen dienstlichen Verpflichtungen nachkommt ...). Schliesslich muss er sein Gesuch um eine Ausreisebewilligung dem Passbüro des Polizeidepartementes vorlegen, wo es bis zu drei Monaten liegen bleiben kann. Dann, wenn zufälligerweise die Ausreisebewilligung erteilt wird, hat unser Bürger die Gebühr dafür zu zahlen.

Ich habe einen Pass gesehen, den man seinerzeit in der Ersten Republik ausgestellt hat. Er kostete acht Kronen und war zehn Jahre gültig. Der Inhaber konnte damit in jedes Land der Welt reisen, auch in die Sowjetunion. Heute kostet ein Pass für fünf Jahre zwar auch nur zehn Kronen, aber benutzen kann man ihn erst, wenn man die Ausreisebewilligung erhalten hat, und diese kostet nicht nur beträchtliche Zeit, sondern auch für jede einzelne Reise zwischen 100 und 300 Kronen. Ueberdies bezeugen einem die Beamten des Innenministeriums (auf Grund ihrer Instruktionen) eine rührende Anteilnahme an persönlichen Angelegenheiten, wenn sie ein Gesuch behandeln: Sie wollen wissen, was man an Besitztum, Wagen oder Haus hinter sich lässt, was man verdient, welche Familienmitglieder im Lande bleiben usw.

Berücksichtigt man die Grösse des Formulars, die Wahrscheinlichkeit der Bewilligungsgewährung, die mit Formalitäten und Warten verstrichene Zeit und schliesslich die zu zahlende Gebühr, kann man unseren Bürgern nur wünschen, sie hätten im Umgang mit den Behörden die gleichen Möglichkeiten wie die Bürger der DBR.

Uebrigens: Persönlich bin ich überzeugt, dass wir eine ganze Menge Geld sparen könnten, sei es am Personal für diese ganze Ueberwachung, sei es an technischer Ausrüstung oder an Land, wenn wir unsere Grenzen nicht so minuziös bewachen würden. Im Ergebnis würden doch nur diejenigen flüchten, die es nicht wert sind, im Lande zu bleiben. Die offizielle Versicherung, wir müssten die Grenze deshalb bewachen, um Feinde am Betreten unseres Landes zu hindern, ist nicht eben logisch. Denn jeder Spion, der in unser Land will, kann nach Belieben als Tourist hierher kommen, wo man ihn mit offenen Armen willkommen heisst.»

Tito und Nahost

Gemässigter als im Sommer äusserte sich Tito in seinem Neujahrsinterview am Fernsehen zur Lage im Nahen Osten. Sein Lob für den arabischen Friedenswillen dürfte wohl auf eine Ermahnung in diese Richtung aufzufassen sein: «Die arabischen Länder, vor allem aber die VAR, befürworten entschlossen die Lösung des Streites mit Israel durch politische, nicht aber durch militärische Mittel. Das heisst keineswegs, dass in diesen Ländern die Furcht die Oberhand gewonnen hätte. Vielmehr sind sie zur Ueberzeugung gelangt, dass die Lösung strittiger Probleme mittels Krieges in den Augen der Welt nicht mehr annehmbar sind. Die Welt zeigt heute mehr Sympathie für jene, die um eine friedliche Regelung bemüht sind, auch wenn sie dabei etwas opfern müssen.»

Um die Wahl des Arbeitsplatzes

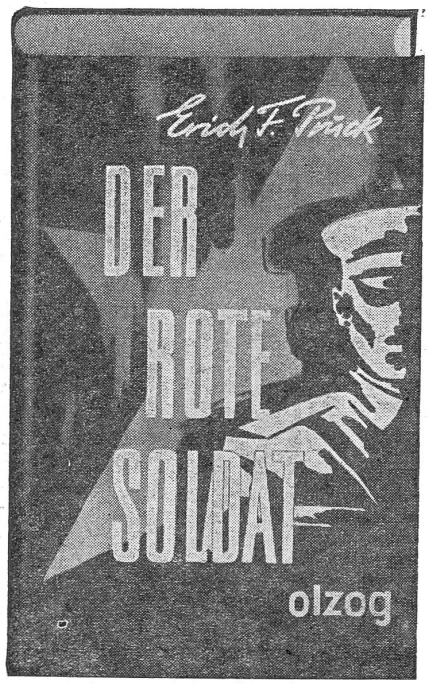
In Ungarn können Hochschulabsolventen nunmehr ihren Arbeitsplatz selbst wählen.

Bisher war die Anstellung von Hochschulabsolventen auf Grund einer seit 1961 geltenden Vorschrift streng zentral geregelt. Wer sein Studium abgeschlossen hatte, wurde unmittelbar danach praktisch dienstverpflichtet. Denn es lag am zuständigen Fachministerium, das Unternehmen oder die Institution, bei denen der Betreffende während mindestens zweier Jahre zu arbeiten hatte, zu bestimmen. Entsprechende Anträge der Industrie mussten jeweils von Budapest genehmigt werden.

Nun hat die Regierung diese Bestimmungen aufgehoben. Die neue Verordnung sieht vor, dass die jungen Hochschulabsolventen «auf der Grundlage der allgemein geltenden Rechtsnormen ohne Beschränkung angestellt werden können». Demnach haben sie in Zukunft die Möglichkeit, sich entweder individuell um einen Arbeitsplatz zu bemühen, oder an den Wettbewerben teilzunehmen, die von den Unternehmen ausgeschrieben werden, oder aber die Hilfe der Stellenvermittlungsämter in Anspruch zu nehmen.

Die Verordnung kann als Bestandteil der umfassenden Neuregelungen im Rahmen des Neuen Wirtschaftsmechanismus betrachtet werden. Doch fällt ihr besondere Aktualität zu, könnte sie doch unmittelbare Auswirkungen auf die Entsendung junger Fachkräfte ins Ausland haben, eine Möglichkeit, die gegenwärtig aufgegriffen wird. In der freien Arbeitsplatzwahl gibt es Ausnahmen. Diese gelten für den medizinischen und pädagogischen Bereich und verfolgen insbesondere den Zweck, die Versorgung der Provinz mit den nötigen Aerzten, Apothekern, Lehrern usw. sicherzustellen. Desgleichen befreit die neue Verordnung die Stipendiaten nicht von schon eingegangenen Verpflichtungen. Im letzten akademischen Jahr waren 16,8 Prozent aller Studenten Stipendiaten.

Gegenwärtig gibt es in Ungarn insgesamt 92 Universitäten, Akademien,



Zwei Standardwerke!

Erich F. Pruck:

Der Rote Soldat

332 Seiten, Leinen, 19,80 DM, Fr. 22.85

«Die vorwiegend auf sorgfältig zitiertem sowjetischen Quellenmaterial aufgebaute Arbeit zeigt mit grosser Deutlichkeit die den freien Westen bedrohende kommunistische Gefahr und lässt die daraus erwachsende Abwehraufgabe hervortreten.» **«Ost-Dienst», Hamburg**

«Die Geschichte der Roten Armee, das Verhältnis von Partei und Heer, die Frage der Führung und von Strategie und Taktik werden hier in gleich umfassender und profunder Weise behandelt wie die verschiedenen Paktsysteme und anderes mehr.» **«Orientierung», Zürich**

Werner Scharndorff:

Moskaus permanente Säuberung

388 Seiten, Leinen, 27 DM, Fr. 31.20

«Ein aussergewöhnlich präziser und scharfsinniger Beobachter der Vorgänge in der Sowjetunion, der Oesterreicher Werner Scharndorff, legt ein Werk vor, das vielleicht wie kein zweites aus der sehr zahlreich gewordenen Reihe derartiger Bücher geeignet ist, demjenigen, der sich mit den inneren sowjetrussischen Angelegenheiten befassen muss, die Uebersicht zu erleichtern und ein rasches Auffinden aller nur einigermassen ins Gewicht fallenden Tatbestände, mitsamt der beteiligten Personen, zu ermöglichen.» **«Neue Zürcher Zeitung»**

Günter Olzog Verlag, München 22

Auslieferung in der Schweiz: Engros-Buchhandlung DESSAUER, Postfach, 8036 Zürich.

In Kürze

Seitdem «Literarni Noviny», das ehemalige Organ des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, im Oktober dem Prager Kulturministerium unterstellt wurde, soll die Auflage der Wochenschrift von 150 000 auf 60 000 Exemplare abgesunken sein, meldet die Belgrader Zeitung «Nedeljne Informativne (NIN). Uebrigens gibt sich die neue Redaktionsequipe Mühe, nicht allzu dogmatisch aufzutreten. So veröffentlichte sie etwa einen Beitrag von Ladislav Bublik, Chefredaktor der Parteizeitung «Nova Svoboda», der bezüglich des Parteiausschlusses der Schriftsteller Vaculik, Klima und Liehm folgendes festhielt: «Drei Genossen sind aus der Partei ausgeschlossen worden. Sie wurden nicht aus der Literatur ausgeschlossen und dürfen es nicht werden, denn nicht dies war der Grund für ihren Parteiausschluss. Der Konflikt entstand wegen ihrer politischen Einstellung und nicht wegen ihrer Werke».

*

In seinem Neujahrsinterview für das Fernsehen sagte Tito: «In unserm Bund der Kommunisten muss Aktionseinheit bestehen. Ich vermeide hier absichtlich den Ausdruck ‚Gedankeneinheit', weil das heute etwas überholt ist.»

*

An der rumänischen Universität Babes-Bolyai wurden 284 Studenten über ihre Meinung zum politischen Unterricht befragt. Sie wünschten bessere Information über internationale Probleme und Themen, wie Vietnam und dessen Unterstützung durch Rumänien, Bukarests Aussenpolitik und seine Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern, die Situation in der internationalen kommunistischen Bewegung, die Lage in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die deutsche Frage, die Aussenpolitik der Bundesrepublik, den Lebensstandard (und insbesondere der Arbeiter) im Westen, die politische Tätigkeit der kommunistischen Parteien.

*

In der Sowjetunion steht die Erzeugung von Hefe aus Erdöl bevor, ein Verfahren, das für die Versorgung an Futter- und Nahrungseiweiss von erheblicher Bedeutung sein wird.

Pädagogische Hochschulen und höhere technische Ausbildungsstätten. Diese Institutionen werden von 90 000 Personen besucht. Die Zahl der Absolventen betrug im letzten Studienjahr (Fern- und Abendstudium ausgenommen) 10 750. Zahlenmässig am stärksten vertreten sind die Ingenieure (2508); es folgen die Aerzte (1149), die Nationalökonomen, Juristen und Veterinäre.

Die Höhe

Der folgende Fall wurde von «Zivot Strany», Monatszeitschrift des tschechoslowakischen Partei-Zentralkomitees, berichtet:

Ein tschechoslowakischer Flüchtling im Westen bewarb sich um eine Stelle bei einer kapitalistischen Firma. Diese verlangte ein Zeugnis vom früheren Arbeitgeber, das heisst also vom betreffenden tschechoslowakischen Unternehmen. Und sie erhielt prompt ausführliche Referenzen, einschliesslich einer Angabe über die politische Zuverlässigkeit des Bewerbers.

«Zivot Strany» findet das die Höhe. Obwohl es ausgesprochen niedlich ist.

Kleist-Haus in der DDR

Im laufenden Jahr soll in Frankfurt an der Oder (DDR) eine repräsentative Gedenk- und Forschungsstätte für Heinrich von Kleist der Oeffentlichkeit übergeben werden. Als neues Kleist-Haus wird ein schlossähnliches Barockgebäude hergerichtet, welches im Geburtsjahr des Dichters (1777) durch Prinz Leopold von Braunschweig als Garnisonsschule für Soldatenkinder erbaut worden war.

Gegenwärtig gibt es in Frankfurt an der Oder, dem Geburtsort des deutschen Klassikers, lediglich eine 1953 im Hause des Bezirksbibliothekars eingerichtete provisorische Kleist-Gedenkstätte. Das Geburtshaus des Dichters ist im Zweiten Weltkrieg zerstört worden.

Laut offiziellen Angaben besteht das Ziel der neuen Gedenk- und Forschungsstätte darin, «der gewachsenen nationalen und internationalen Bedeutung Kleists entsprechend in seiner Geburtsstadt eine vielseitig arbeitende und national repräsentative Literaturinstitution zu schaffen». Sie werde Ausstellung, Bibliothek, Archiv, wissenschaftliche Tätigkeit in mehrfacher Hinsicht und literarische Bildungsarbeit gleichermassen umfassen.

Die Einrichtung des Kleist-Museums wird im Auftrag von Kulturministerium und Rat der Stadt Frankfurt durch das nationale Institut für Denkmalpflege durchgeführt.

Kindermanöver

In Ostdeutschland nehmen die «Jungen Pioniere» und Schüler in den Winterferien an einem zentralen «Manöverspiel» teil.

Laut der «Deutschen Lehrerzeitung» soll das Manöverspiel «den Ereignissen des Kampfes der Roten Armee gegen den deutschen Faschismus oder des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse zugrunde liegen». Der Zweck der Uebungen liege darin, die Liebe und Achtung zu dokumentieren, «die uns mit den bewaffneten Kräften unserer Republik und den mit ihnen verbündeten sozialistischen Bruderarmeen, besonders der Sowjetarmee, verbindet». Der Beginn des Manöverspiels wird durch einen Zentralen Kommandostab einheitlich für alle Schüler ausgelöst. Den Abschluss bilden ein «Kampfmeeting» und ein «Manöverball», an dem die Kinder gemeinsam mit den Angehörigen der bewaffneten Kräfte teilnehmen sollen.

Ein Thema der ostdeutschen Presse ist zurzeit auch die Einbeziehung der Vorschulkinder in das «System der sozialistischen Wehr-Erziehung». Wie aus einem Artikel der «Leipziger Volkszeitung» hervorgeht, lehnt ein Teil der Eltern die von der Partei geforderten Patenschaftsbeziehungen zwischen Kindergärten und Volksarmee-Truppenteilen zur Unterstützung der Wehr-Erziehung ab. In diesem Zusammenhang spricht die Zeitung von einer Mitschuld der Eltern, wenn ihre Kinder dem Einfluss des Klassengegners unterliegen: «Wir können im Elternhaus nicht früh genug darauf Einfluss nehmen, dass unsere Kinder zu einer sauberen politischen Haltung gegenüber unserm Staat erzogen werden und sich jeglichem verbrecherischen Einfluss entziehen. Und dazu gehört auch, dass sie unsere gesellschaftliche Wirklichkeit, zu der unsere Nationale Volksarmee ebenso gehört wie eine Patenbrigade in einem Produktionsbetrieb, rechtzeitig kennen und verstehen lernen.» Durch eine persönliche Begegnung mit der Armee, heisst es weiter, «lernen die Kinder bestimmte Haltungen kennen und begreifen, wofür unsere Nationale Volksarmee da ist». Nach Ansicht der Zeitung tragen die Kontakte der Volksarmee dazu bei, Fragen wie «Wer ist Freund, wer ist Feind?» und «Wen und was muss ich frühzeitig hassen lernen» zu klären.

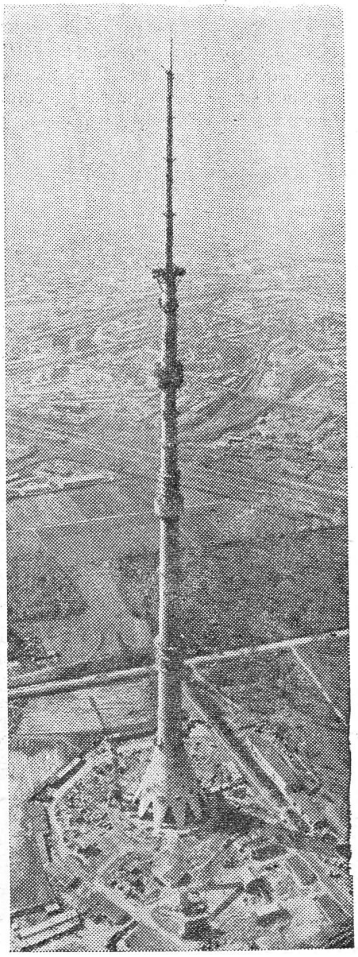
Gamma im Garten

In Lettland sind erfolgreiche Versuche zur Sterilisierung von schädlichen Insekten mit Hilfe von Gammastrahlen unternommen worden. In Baumschulen haben bestrahlte Insekten, die unter den unbestrahlten Artgenossen ausgesetzt wurden, fast ihre gesamte Generation zu einem natürlichen Aussterben verurteilt. Bei den Versuchen erwiesen sich 90 Prozent aller Insekten als unfruchtbar.

Kirchlich oder zivil?

Laut einem Bericht der Budapester Gewerkschaftszeitung «Nepszava» wollen die Ungarn bei wichtigen Familienfeierlichkeiten weder den Rahmen noch den Beistand der Kirche missen.

Im Jahre 1966 seien zwar 42,5 Prozent aller Ehen nur standesamtlich getraut worden, doch sei es zu einer Namensgebung ohne Taufe nur in 7,7 Prozent aller Fälle gekommen, während 7,5 Prozent der Bestattungen ohne Mitwirkung eines Priesters vorgenommen worden seien. Immerhin habe die Zahl der rein zivilen Familienfeierlichkeiten im Vergleich zu 1966 verdoppelt werden können. Aktivität und Einfluss der Kirche seien namentlich auf dem Lande gross, ferner überall, wo die jungen Paare noch materiell von den Eltern oder Grosseltern abhängig seien. Indessen sei auch den Verantwortlichen für die rein standesamtlichen Feiern zahlreiche Fehler vorzuwerfen. Viele Familien wünschten sich für die Namensgebung einen feierlicheren Rahmen als den gewohnten Arbeitsplatz. In den Duna-Eisenwerken sei z. B. im letzten Frühjahr einmal die Namensgebung für 21 Kleinkinder «am laufenden Band» vollzogen worden.

Der Turm

In diesem Jahr wird das neue Moskauer Fernsehzentrum in Ostankino endgültig fertiggestellt. Paradestück ist der 533 Meter hohe Sendeturm, das höchste Gebäude der Welt. Sein unterer Teil besteht aus einem 63 Meter hohen, dünnwandigen Stahlbetonkegel, der wie ein umgedrehter Blütenkelch mit zehn Blättern aussieht. Die Stahlbetonläppchen von 16 Metern Höhe und 80 Zentimeter Stärke tragen die gesamte 32 000 Tonnen schwere Anlage. Im Turm sind vier Aussichtsterrassen zwischen 147 und 340 Meter Höhe angebracht. Unterhalb der obersten befindet sich ein Restaurant mit drehbarem Fussboden und gläsernen Wänden, die einen vollen Rundblick auf Moskau gewähren. Hier können 240 Gäste bedient werden. Die Besucher werden mit Schnelliften zu den verschiedenen Aussichtsterrassen befördert. In der Nähe des Turmes sind Redaktionen, Regie- und Proberäume sowie diverse Dienstzweige in ebenfalls neuen Gebäuden untergebracht. Die Anlage wird gleichzeitig sechs Programme ausstrahlen, darunter eines in Farben. Vier Programme werden bereits jetzt gesendet.